

PROPAGANDA, (SELBST-)ZENSUR, SENSATION:
GRENZEN VON PRESSE- UND
WISSENSCHAFTSFREIHEIT IN DEUTSCHLAND
UND TSCHECHIEN SEIT 1871

Wissenschaftler aus Deutschland und Tschechien fanden sich am 30. und 31. Mai 2003 in Düsseldorf zur dritten Konferenz der Heinrich-Heine-Universität und der Prager Karls-Universität zusammen, um über „Propaganda, (Selbst-)Zensur, Sensation: Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1870“ zu diskutieren. Im Zentrum der interdisziplinären Konferenz standen (Selbst-)Zensur und Propaganda im Nationalsozialismus und in den kommunistischen Diktaturen. In solchen Zeiten sind, wie der Historiker Detlef Brandes (Düsseldorf) in seiner Einführung darlegte, Zensur und Propaganda zwei Seiten ein und derselben Presse- und Wissenschaftspolitik. Im nationalsozialistischen Deutschland, im so genannten Protektorat Böhmen und Mähren wie auch unter kommunistischer Herrschaft in der ČSR/ČSSR und der DDR ging es um behördliche Kontrolle oder das Verbot von Medien, Informationen, Kunstwerken und wissenschaftlichen Erkenntnissen, entweder durch Vor- bzw. Nachzensur oder durch Selbstzensur der Redakteure und Journalisten, die damit behördliche Eingriffe zu vermeiden suchten.

Einen weiteren Aspekt der Tagung bildeten staatliche Propaganda und Zensur – oft in der subtileren Form von Selbstzensur – zu anderen Zeiten. Hierzu passe laut Brandes auch der Begriff der Sensation: Ihn hätten die Veranstalter in den Titel aufgenommen, um das oft problematische Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und der Darstellung in den Medien zur Sprache zu bringen und am Beispiel der Medizin zu analysieren. Diesen unterschiedlichen Aspekten der Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit gingen die Referenten in drei Themenblöcken

nach: erstens Zensur und Selbstzensur, zweitens Presselenkung und öffentliche Meinung sowie drittens Herausforderungen an die Medizin und ihre öffentliche Wahrnehmung.

Einige der Vorträge galten der gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland vor 1945: So befasste sich Wolfgang Mommsen (Düsseldorf) mit der „Lenkung und Selbstzensur der deutschen Presse im Kaiserreich“; Christoph Cornelißen (Düsseldorf) widmete sich der deutschen Militärzensur während des Ersten Weltkrieges und Boris Barth (Konstanz) politischen Einstellungen an Universitäten der Weimarer Republik. Der Soziologe Karl-Heinz Reuband (Düsseldorf) zeigte am Beispiel antisemitischer Filme aus der NS-Zeit, wie unterschiedlich antijüdische Agitation von deutschen Zuschauern aufgenommen werden konnte.

Der größere Teil der Vorträge befasste sich mit der Frage nach Propaganda und Zensur in den deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen. So beschrieb die Düsseldorfer Germanistin Sibylle Schönborn die Kriegsvorbereitungen im Feuilleton der „Bohemia“ und des „Prager Tagblatts“ zwischen 1913 und 1914. Diese in der böhmischen Metropole erscheinenden deutschsprachigen Zeitungen diskutierten bis 1914 auf äußerst differenzierte und vielschichtige Weise die Problematik nationaler und kultureller Identitätsbildung. Dagegen zeigte sich seit der Julikrise 1914 ein völlig gewandeltes Bild in der deutschsprachigen Presse: Die nationalen Differenzen im Inneren des Landes wurden nun zu folkloristischer Vielfalt verharmlost. Die Grenzen, die zuvor durch die Donaumonarchie verlaufen waren, wurden durch den Rückgriff auf die Dichotomie von Orient und Okzident bzw. Islam und Christentum weit nach außen verlagert.

Der Prager Historiker Pavel Zeman stellte die tschechoslowakische Wochenschau „Aktualita“ vor, die ab 1937 als Ton-Wochenschau produziert wurde. Dies geschah zwar im Auftrag der tschechoslowakischen Regierung, doch nutzte diese die propagandistischen Möglichkeiten, die sich damit eröffneten, kaum: Die politischen Nachrichten in der „Aktualita“ informierten selten über die Entwicklung im Deutschen Reich und den repressiven Charakter des NS-Regimes. Wenn die Wochenschau über das Deutsche Reich berichtete, dann nur im Kontext der internationalen Politik. Diese Zurückhaltung entsprach der tschechoslowakischen Außenpolitik, die den NS-Staat nicht provozieren wollte.

Drei Vorträge in Folge behandelten die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen in der Zeit der Diktaturen unter dem Blickwinkel von Propaganda, Zensur und ihren Folgen. Die Wirkung der Propaganda aus Berlin und Prag sowie aus London und Moskau auf die Stimmung der tschechischen Bevölkerung im Protektorat analysierte Detlef Brandes. Er kam zu dem Schluss, dass die tschechische Bevölkerung größeres Verständnis für den Attentismus und die Kollaboration der Protektoratsregierung als für die Position der Exilregierung und der Widerstandsbewegung zeigte. Die Frage, ob ein Export des Kommunismus drohe, spaltete Brandes zufolge die tschechische Gesellschaft. Dagegen sei der Hass auf Deutschland – vor allem aber auf die Sudetendeutschen – allgemein gewesen. Vergeltung für die Schrecken und die Demütigungen der Besatzungsherrschaft sowie die Absicherung gegen ein ‚neues München‘ seien für die Widerstandsbewegung wie auch für die Mehrheit der

Tschechen Motive gewesen, die Vertreibung der Sudetendeutschen zu befürworten.

Daran anschließend befasste sich Tim Fauth aus Düsseldorf mit der Zensur in den ersten Jahren des Protektorats. Im Herbst 1939 übernahm ein deutscher Arbeitsstab die Lenkung der Presse sowie die Aufsicht über die tschechische Presse. Von nun an instruierten tägliche Pressekonferenzen nach dem Vorbild des Reiches die Journalisten über Auswahl und Gestaltung der Themen. Mitte des Jahres 1940 konnten die obersten Presselenker feststellen, dass die tschechische Presse und auch der Rundfunk die deutschen Vorgaben erfüllten. Im Bereich des Kulturlebens genossen die Tschechen allerdings laut Fauth Freiräume. Zwar mangelte es nicht an verbotenen Schriften und Autoren, doch seien Kontrolle und Zensur des Kulturbereiches der tschechischen Verwaltung weitgehend selbst überlassen worden. Personalmangel, Kompetenzstreitigkeiten und fehlende einheitliche Richtlinien hätten eine Grauzone geschaffen, in der sich das tschechische Kulturleben entwickeln konnte.

In seinem Vortrag „Von Gegnern zu Verbündeten“ beschäftigte sich schließlich Volker Zimmermann (Düsseldorf) mit der staatlichen Propaganda in den Beziehungen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei in der Zeit von 1949 bis 1961. Die Überwindung gegenseitiger Feindbilder in beiden Gesellschaften sei auf tschechoslowakischer Seite schwieriger gewesen als auf der deutschen. Die schließlich erfolgte Normalisierung der Beziehungen sei denn auch nicht auf die oft plumpe Propaganda zurückzuführen, sondern vor allem auf die seit Mitte der fünfziger Jahre steigende Zahl persönlicher Kontakte zwischen Bürgern beider Staaten. Bis dahin hätten DDR- und ČSR-Bürger von ihren jeweiligen Partnerstaaten nur vage Vorstellungen gehabt. Dies lege die Grenzen der Propaganda offen, die nicht wirken konnte, da das verordnete Bild durch die eigene Anschauung keine Unterstützung gefunden habe.

Milan Drápala (Prag) leitete eine Reihe von Beiträgen ein, die sich mit der Zensur in der kommunistischen Tschechoslowakei befassten, und widmete sich der Lage der tschechoslowakischen Presse während der ersten drei Nachkriegsjahre. Die Verstaatlichung der Industrie, die Aussiedlung der Deutschen, das System der Nationalen Front ohne Opposition sowie die Bindung an die UdSSR bildeten – so Drápala – Determinanten dieser Periode. Als Wochenzeitungen der katholischen Volkspartei seit Herbst 1945 kritischer berichteten, forderte der kommunistische Informationsminister Václav Kopecký Eingriffe in die Struktur und die Freiheit der Presse. Sein Ministerium hatte mit der Verfügungsgewalt über das Papier ein mächtiges Kontrollinstrument erhalten, wurde aber mehrmals durch Vereinbarungen innerhalb der Nationalen Front gebremst. Angesichts des Drucks der Kommunisten auf ihre Presse schien es den bürgerlichen Politikern schließlich das geringere Übel, durch ein Gesetz die Zensur einzuführen und zugleich zu begrenzen.

Nach der Übernahme der Alleinherrschaft mussten die Kommunisten nicht mehr über Pressefreiheit diskutieren. Der Prager Rechtshistoriker Karel Malý skizzierte die Entwicklung des Presserechts in den böhmischen Ländern seit Beginn des 19. Jahrhunderts, und beschrieb auf dieser Grundlage die Pressepolitik des kommunistischen Regimes. Die Kontrolle übernahm ein Presseaufsichtsamt im Innenministerium, in den Zeitungen saßen Zensurredakteure und bei der Post Beamte der

Staatssicherheit, die Verlagsproduktion wurde von einem Lektorenrat genehmigt. Im Juni 1968 wurde die Pressezensur aufgehoben und nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im September wieder eingeführt.

Alena Mišková (Prag) schilderte in ihrem Beitrag zwei Säuberungswellen in den Bibliotheken der 42 Institute der Prager Akademie der Wissenschaften. Betroffen waren vor allem die Literatur über die Sowjetunion und den Bolschewismus sowie Werke von Exkommunisten und nicht-kommunistischen Politikern. Insgesamt wurden etwa 800 Bücher ausgesondert, was angesichts einer zweihunderttausendbändigen Sammlung allein in der Akademischen Zentralbibliothek eher bedeutungslos war. Dramatischer waren die Verluste der allgemeinen Bibliotheken, worauf Jiří Pešek (Prag) hinwies: In den ersten drei Jahren nach der kommunistischen Machtübernahme wurden 20 Millionen, in den fünfziger Jahren weitere 7,5 Millionen Bücher den Papiermühlen überantwortet. Verbote trafen aber auch die moderne bildende Kunst und die Musik.

Ausführlich behandelte Pešek die Kontrolle von Druckschriften, die Privatpersonen per Post zugeschickt wurden. In der Prager Bezirksprokuratur, deren Bestände Pešek durchsehen konnte, lagern die konfiszierten Periodika, wobei die beanstandeten Artikel rot angestrichen und kurz kommentiert wurden. Sie reichten von Nachrichten über den politischen Terror in der Tschechoslowakei bis zur Meldung, dass russische Besatzungsoffiziere in Österreich in einem Nudistenklub erwischt worden seien. Zumindest 1948 und 1949 konnte sich – so Pešeks Schluss – jedoch eine nicht kleine Schicht von Bürgern noch aus westlichen Quellen informieren. Schließlich legte Bohumil Doležal, ehemaliger Prager Abgeordneter und freier Journalist, seine Sicht der Entwicklung der Presse in der erneuerten tschechischen Demokratie dar.

Auch mehrere der folgenden medizinhistorischen Beiträge beschäftigten sich mit der Tschechoslowakei. So zeigte Petr Svobodný (Prag) am Beispiel der zwei angesehensten und meistgelesenen medizinischen Zeitschriften die Ideologisierung der öffentlichen Diskussion über die Reform des Gesundheitswesens in der Tschechoslowakei. In den ersten drei Nachkriegsjahren wurde noch das britische neben dem sowjetischen Modell als Vorbild für die Umgestaltung des tschechoslowakischen Gesundheitswesens diskutiert. Nach dem Februar 1948 bezeichneten dagegen die beiden medizinischen Zeitschriften allein die Sowjetunion als ‚unseren Lehrer‘. Das Gesundheitswesen sollte zentral geplant und vereinheitlicht werden. Die Standesorganisation der Ärzte wurde in die Gewerkschaftsbewegung integriert.

Das einheitliche Gesundheitswesen hatte aber auch einige Erfolge aufzuweisen, nämlich bei der Prävention von Krankheiten und der Fortbildung der Ärzte. Darauf wiesen die Prager Mediziner Michal Anděl, Pavel Čech und Pavel Kraml hin. 1968 wurde der Ärzteverband kurzzeitig wiederbelebt und über die Möglichkeit einer freien Arztwahl diskutiert. In der Phase der Resowjetisierung, der so genannten ‚Normalisierung‘, förderte das Regime dann zum Beispiel die Kardiochirurgie und Transplantationsmedizin, deren Erfolge die Partei ihrer eigenen Politik zuschrieb. Dagegen war es der Presse untersagt, über die extreme Luftverschmutzung in Nordböhmen oder die Zahl der Selbstmorde zu berichten; die Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl wurden systematisch bagatellisiert.

Es folgten weitere Vorträge zur Medizingeschichte: So sprach der Medizinhistoriker Alfons Labisch (Düsseldorf) über die Wahrnehmung von Krankheiten in Presse und Öffentlichkeit, der Chef der Hautklinik der Heinrich-Heine-Universität, Thomas Ruzicka, über das Bild des Arztes „zwischen soap opera und Gerichtssaal“ und der Düsseldorfer Journalist Torsten Casimir über den Umgang mit medizinischen Themen in der „Rheinischen Post“.

In der Gesamtschau ergaben die Konferenzbeiträge ein facettenreiches Bild der Entwicklung der Wissenschafts- und Pressefreiheit in Deutschland und Tschechien von 1870 bis 1989. Dies ermöglichte nicht zuletzt der interdisziplinäre Charakter der Konferenz – auch wenn die Historiker eindeutig in der Überzahl waren. Die meisten Referenten präsentierten neue Forschungsergebnisse, wobei die Vielfalt der dargebotenen Ansätze die gesamte Bandbreite der Forschung zu diesem Thema aufzeigte. Gerade die Begegnung unterschiedlicher Forschungsmethoden machte den Reiz dieser Veranstaltung aus.

Düsseldorf

Severin Gawlitta/Dmitry Myeshkov